

FDP schlägt vorläufige Unterschutzstellung des Bayer-Kreuzes durch die Stadt vor

Damit keine vollendete Tatsachen geschaffen werden, schlägt die FDP-Stadtratsfraktion vor, das Bayer-Kreuz im Chempark Uerdingen vorläufig unter Schutz zu stellen.

Schon im vergangenen Jahr hat die FDP-Ratsfraktion im Kultur- und Denkmalausschuss der Stadt Krefeld das Thema "Bayer-Kreuz" auf die Tagesordnung gesetzt. Die Denkmalwürdigkeit des Bayer-Kreuzes wurde damals durch die untere Denkmalschutzbehörde verneint. Aktuelle Presseberichte der Bayer AG zeigen nun, dass frühzeitiges Handeln aber richtig gewesen wäre. Die Stadt muss jetzt in Verhandlungen über den freiwilligen Erhalt einsteigen.

Der kultur- und denkmalpolitische Sprecher der FDP-Stadtratsfraktion Dennis BYRSKI erklärt hierzu: "Für viele Krefelderinnen und Krefelder steht die heutige Presseerklärung des Bayer-Konzern für einen Verlust von Identität. Krefeld, und vor allem Uerdingen, wird durch die anstehende Demontage des Bayer-Kreuzes eines seiner wichtigsten Wahrzeichen verlieren. Das Bayer-Kreuz steht für Heimat und Tradition. Die FDP-Fraktion war und ist der Überzeugung, dass hier ein öffentliches Interesse im Sinne des Denkmalschutzgesetzes NRW besteht. Das Kreuz ist bedeutend für die Geschichte der Menschen und der Stadt, da der Bayer-Konzern über Jahrzehnte eine herausragende Rolle als Arbeitgeber hat und Krefeld über eine lange Tradition als bedeutender Chemiestandort verfügt. Der Erhalt des Kreuzes würde daran erinnern. Es ist daher weiterhin unverständlich, dass die untere Denkmalschutzbehörde eine Unterschutzstellung abgelehnt hat."

"Um doch noch einen Abriss des Kreuzes zu verhindern, fordern wir die Stadtverwaltung auf, schnellstmöglich Kontakt mit dem Bayer-Konzern aufzunehmen und noch einmal über den freiwilligen Erhalt des Kreuzes zu verhandeln. Auch wenn die Chancen nach der heutigen Erklärung wohl nicht mehr die besten sind, sollten wir dennoch jede Möglichkeit nutzen. Die Entscheidung des Konzern widerspruchlos zu akzeptieren, kommt jedenfalls für uns nicht in Frage.", fordert BYRSKI.